

OB-Barometer 2015

Ergebnisse einer Difu-Befragung
der (Ober-)Bürgermeister/innen
deutscher Städte

Die Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist für die Stadtspitzen der großen Städte in Deutschland momentan die drängendste Aufgabe. Dies gilt sowohl für die jeweils eigene Stadt als auch mit Blick auf die Kommunen in Deutschland insgesamt. Die Verbesserung der zum Teil angespannten Finanzlage der Städte und die erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels sind aus Sicht der (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister ebenfalls von großer Bedeutung. Trotz dieser klaren Priorisierung unterscheiden sich die besonderen Herausforderungen je nach Region und Einwohnerzahl deutlich. Mehr Unterstützung von Bund und Ländern erwarten sich die Stadtoberhäupter vor allem in den Bereichen, die manche Städte derzeit an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit bringen, also bei der Bewältigung der Flüchtlingsfrage und der Finanzprobleme. Das sind die wichtigsten Ergebnisse des OB-Barometers 2015.

Derzeit drängendste Aufgaben in der eigenen Stadt: Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie Verbesserung der Finanzlage stehen ganz oben auf der Agenda

Informationen zur Befragung

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag das OB-Barometer gestartet, eine Befragung der Stadtspitzen in Städten mit mindestens 50.000 Einwohnern in Deutschland. Das Ziel der Befragung, die in Zukunft jährlich durchgeführt wird, ist die Ermittlung der aus Sicht der Stadtoberhäupter aktuell und zukünftig wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen für deutsche Städte und Gemeinden. Die erste Erhebung wurde als telefonische Befragung vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Zeitraum vom 28. April bis 22. Mai 2015 durchgeführt. Von den 183 eingeladenen (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern haben sich 120 an der Umfrage beteiligt. Dies entspricht einer sehr guten Teilnahmequote von 66 Prozent.

Zunächst wurden die Stadtoberhäupter danach gefragt, was die wichtigsten Aufgaben sind, denen sie in ihrer eigenen Stadt aktuell gegenüberstehen. Mit Abstand am häufigsten genannt werden dabei die beiden Themenfelder „Unterbringung und Integration von Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern“ (63 Nennungen) sowie die „Finanzlage bzw. Haushaltskonsolidierung“ (59 Nennungen). Damit gibt jeweils rund die Hälfte der Befragten an, dass diese Bereiche aktuell eine wichtige Rolle in ihrer Stadt spielen. Auf dem mit 33 Nennungen dritten Platz rangiert der Themenkomplex „(Hochschul-)Bildung, Schulentwicklung, Inklusion“, gefolgt von Herausforderungen im Bereich „Wohnungsbau, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ (28 Nennungen) sowie dem Umgang mit „Fragen der demografischen Entwicklung“ (27 Nennungen).

Dabei sind in den verschiedenen Regionen Deutschlands unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte festzustellen. So führt trotz der aktuell herausgehobenen Bedeutung der Flüchtlings- und Asylproblematik in den befragten Städten der Region „West“¹, in der sich Städte mit hohen kommunalen Kassenkreditbeständen bündeln, die Sorge um die kommunalen Finanzen die Themenagenda klar an. Dies verdeutlicht, dass in vielen häufig auch strukturschwachen Städten dieser Region das Ausmaß der Verschuldung offenbar so gravierend ist, dass die Konsolidierung des Haushalts oberste Priorität hat. In der Region „Ost“, also den neuen Bundesländern, wird die Stärkung und Förderung der Wirtschaft überdurchschnittlich häufig als wichtiges Aufgabenfeld gesehen. Trotz mancher Erfolge ist demnach in vielen Städten dieser Region die Transformation hin

zu einer national und international konkurrenzfähigen Unternehmenslandschaft noch nicht abgeschlossen. Städte im Süden und Norden Deutschlands haben dagegen häufiger mit den Folgen des Wachstums zu tun. Wirtschaftswachstum und Bevölkerungszuwachs tragen dazu bei, dass hier das Thema „Wohnungsbau bzw. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ am zweithäufigsten als zentrale Herausforderung genannt wird. Im Süden stehen zudem überdurchschnittlich häufig Fragen der Mobilität und der Verkehrsentlastung im Mittelpunkt.

1 Zu Auswertungszwecken wurden die Städte in vier Regionen eingeteilt: Region „West“ (Städte in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland), Region „Ost“ (Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), Region „Nord“ (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), Region „Süd“ (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen).

OB-Barometer 2015

„Was sind aktuell die wichtigsten Handlungsfelder und Aufgaben in Ihrer eigenen Stadt?“

Die Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern beschäftigt aktuell die Städte in ganz Deutschland. Es gibt aber auch regionale Unterschiede: In den Städten im Westen dominiert die Verbesserung der Finanzlage die Agenda, in ostdeutschen Städten spielt die Stärkung der Wirtschaft eine hervorgehobene Rolle. Im Norden und Süden wird dagegen der Schaffung von Wohnraum überproportional große Bedeutung beigemessen.

n = 120 Befragte Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2015 / Befragungsdurchführung: infratest dimap

Deutschland
gesamt

- 1 Flüchtlinge
- 2 Finanzen
- 3 Bildung



Aktuelle Herausforderungen für deutsche Städte und Gemeinden insgesamt: Umgang mit Flüchtlingen und demografischer Wandel sind beherrschende Themen

Auch mit Blick auf die Gesamtsituation der Kommunen in Deutschland wird von den (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern der hohe Stellenwert des Umgangs mit und der Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern betont. Fast alle Befragten halten diese Aufgabe derzeit für sehr wichtig (84 Prozent) oder für wichtig (15 Prozent). Das Thema steht in allen Regionen und unabhängig von der Einwohnerzahl der Städte ganz oben auf der Agenda. Als zweitwichtigste Herausforderung wird die Gestaltung des demografischen Wandels, verursacht unter anderem durch Alterung

OB-Barometer 2015

„Wie wichtig sind die folgenden aktuellen Herausforderungen für deutsche Städte und Gemeinden insgesamt?“

Die Versorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist aus Sicht der Befragten auch für die Kommunen insgesamt die aktuell drängendste Herausforderung. Auf Platz zwei folgt die Gestaltung des demografischen Wandels. Diese beiden Themen hält die Mehrheit der Stadtchefs sogar für sehr wichtig.



n = 120 Befragte / Angaben in Prozent / Fehlende Werte zu 100 Prozent: weniger/gar nicht wichtig, wn/kA

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2015 / Befragungsdurchführung: infratest dimap

oder Schrumpfung der Stadtgesellschaft, bewertet. Mehr als die Hälfte (51 Prozent) hält dies für sehr wichtig, vier von zehn (39 Prozent) finden es wichtig. Herausforderungen im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel (sehr wichtig/wichtig: 89 Prozent), der Anpassung und Sicherung der Daseinsvorsorge (88 Prozent) sowie der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (85 Prozent) rangieren ebenfalls unter den fünf wichtigsten Themen. Die vergleichsweise geringste Bedeutung wird im Rahmen des OB-Barometers 2015 Fragen der Sicherheit und Resilienz sowie der Globalisierung der Wirtschaft beigemessen.

Auffällig bei dieser Frage ist die Sicht der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der großen Städte mit mindestens 200.000 Einwohnern. Zwar wird auch von ihnen die Flüchtlingsproblematik als am drängendsten bewertet, auf den weiteren Plätzen folgen dann aber mit Energiewende, sozialer Ungleichheit und Politikferne von Bürgerinnen und Bürgern Aspekte, die von den Befragten in kleineren Städten als eher weniger wichtig beurteilt werden.

Zunehmend wichtige kommunalpolitische Aufgaben: Aktuelle Herausforderungen auch in den nächsten Jahren die bestimmenden Themen

Aus Sicht der Stadtspitzen sind es vor allem drei Herausforderungen, die in den nächsten fünf Jahren weiter an Bedeutung gewinnen könnten. Ein besonderes Augenmerk wird demnach auf der Sanierung der kommunalen Haushalte und der Verbesserung der Finanzlage der Städte und Gemeinden liegen (57 Nennungen). Auch die angemessene Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie deren Integration ist nach Einschätzung vieler Befragter keine thematische „Eintagsfliege“, sondern wird die Städte noch längere Zeit beschäftigen (54 Nennungen). Eine Langzeitaufgabe mit zunehmender Bedeutung ist auch die erfolgreiche Gestaltung der demografischen Entwicklung in den Kommunen (48 Nennungen). Mit Abstand folgen Fragen der (Hochschul-)Bildung, Schulentwicklung und Inklusion auf Platz vier (25 Nennungen), den fünften Rang teilen sich die Themen „Mobilität, Verkehrskonzepte“ sowie „Soziale Gerechtigkeit bzw. Wahrung des sozialen Friedens“ (je 19 Nennungen). Der KiTa-Ausbau wird bei der Frage nach zukünftig wichtigeren kommunalpolitischen Themen nur vereinzelt genannt. Offensichtlich haben die Städte in diesem Bereich bereits viel erreicht und der Handlungsdruck wird in den nächsten Jahren weiter abnehmen.

OB-Barometer 2015

„Welche kommunalpolitischen Themen gewinnen in den nächsten 5 Jahren an Bedeutung?“

Aus Sicht der Stadtchefs gewinnen in den nächsten Jahren vor allem drei Themen an Bedeutung und bleiben damit weiter zentrale Herausforderungen: Die Verbesserung der Finanzlage der Städte und Gemeinden, die Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie die erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels.



n = 120 Befragte Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2015 / Befragungsdurchführung: infratest dimap

Die Top-Themen „Finanzlage“, „Flüchtlinge“ und „Demografischer Wandel“ werden von den Befragten aller einbezogenen Städte perspektivisch als am wichtigsten bewertet, und zwar weitgehend unabhängig von regionaler Lage und Einwohnerzahl. Eine Ausnahme bilden hier wiederum die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von Großstädten. Neben der Finanz- und Flüchtlingsproblematik liegt ihr besonderes Augenmerk auf der zukünftigen Entwicklung neuer Mobilitätsformen und Verkehrskonzepte, so dass dieser Themenkomplex in der Gruppe der Städte mit mindestens 200.000 Einwohnern auf dem dritten Platz rangiert. Gerade in den Großstädten mit hohen verkehrsinduzierten Belastungen ist die Entwicklung hin zu einer umwelt- und sozialgerechten Mobilität offensichtlich eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Verbesserung der Rahmenbedingungen: Haushaltskonsolidierung und angemessene Versorgung von Flüchtlingen für die Kommunen oft nicht alleine zu bewältigen

Bei der Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben sind die Städte und Gemeinden nicht nur von ihrem eigenen Engagement, sondern auch von Rahmenbedingungen abhängig, die EU, Bund und Länder schaffen. Deshalb wurden die Stadtspitzen um eine Einschätzung gebeten, wie wichtig die Verbesserung dieser Rahmenbedingungen in vorgegebenen Politikbereichen jeweils ist. Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der Flüchtlings- und Asylproblematik verwundert es nicht, dass man gerade in diesem Bereich auch am dringendsten weitere Unterstützung durch Bund, Länder und EU erwartet. Eine klare Mehrheit von 80 Prozent hält dies für sehr wichtig, die restlichen 20 Prozent für wichtig. Alle Städte geben unabhängig von Region und Einwohnerzahl an, dass sie hier nicht allein gelassen werden dürfen. Dies ist ein deutliches Signal, dass die bisher von Bund und Ländern bereitgestellten finanziellen Mittel nicht ausreichen, um die Herausforderung der Aufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber in den Städten zu meistern. Daneben ist die grundsätzliche Verbesserung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen aus Sicht der Befragten für die Städte von äußerster Wichtigkeit (sehr wichtig: 77 Prozent, wichtig: 20 Prozent). Auch hier ist nach Einschätzung der Stadtoberhäupter eine Lösung der Probleme – wie zum Beispiel der zunehmenden Unterschiede zwischen den Städten im Bereich der Finanzen – nur in Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen möglich. Verbesserungen im Bereich Verkehrspolitik bzw. Infrastrukturausbau (sehr wichtig/wichtig: 93 Prozent), beim Städte- und Wohnungsbau (92 Prozent) sowie der Sozial-, Gesundheits-, Jugend- und Familienpolitik (90 Prozent) folgen auf den weiteren Plätzen.

OB-Barometer 2015

„Wie wichtig ist die Verbesserung der kommunalen Rahmenbedingungen in den folgenden Bereichen?“

Vor allem in der Flüchtlings- und Finanzpolitik erwarten die Städte weitere Unterstützung von EU, Bund und Ländern. Die überwiegende Mehrheit der Befragten gibt einer Verbesserung der entsprechenden Rahmenbedingungen sogar höchste Priorität.



n = 120 Befragte / Angaben in Prozent / Fehlende Werte zu 100 Prozent: weniger/gar nicht wichtig, wn/ka

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2015 / Befragungsdurchführung: infratest dimap

Weitere Informationen zur Befragung:

[www.difu.de/
OB-Barometer](http://www.difu.de/OB-Barometer)



Deutsches Institut für Urbanistik

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist als größtes Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum die Forschungs-, Fortbildungs-, Beratungs- und Informationseinrichtung für kommunale Themen. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete unabhängige in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben. Der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. ist alleiniger Gesellschafter des gemeinnützigen Instituts.

Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin, www.difu.de

Ansprechpartner OB-Barometer:

Dr. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Rainer Stocker
Telefon: 030/39001-198
E-Mail: stocker@difu.de